

Ungesühnte Nazijustiz

Ein Gespräch mit Reinhard M. Strecker, der vor 60 Jahren gegen massiven Widerstand verhindern wollte, dass belastete Nazi-Richter in der neuen Bundesrepublik still und leise weiter als Richter agieren konnten

von Andrea Kaminski

60 Jahre ist es jetzt her, dass die Ausstellung »Ungesühnte Nazijustiz« haarsträubende Todesurteile im Dritten Reich öffentlich machte. Den damals 29-jährigen Reinhard Strecker empörte die Weiterbeschäftigung von massiv belasteten Richtern aus der Nazizeit, die wegen kleinerer Verstöße schockierende Todesurteile verhängt hatten. Er wollte eine von Propagandamaterial der DDR unabhängige Dokumentation darüber erstellen. In der Bundesrepublik erhielt er keine Akteneinsicht, konnte jedoch osteuropäische Unterlagen einsehen.

Zunächst wurden die Dokumente Pfingsten 1959 bei einem SDS-Kongress »Für Demokratie – gegen Militarismus und Restauration« vorgestellt. Im Herbst des Jahres folgte in Karlsruhe eine größere Ausstellung. Einen großen Erfolg konnte die Dokumentation verbuchen, als Generalbundesanwalt Max Güde nach einem Gespräch in seinen Diensträumen mit Strecker bekannte: »Ich habe Urteile gesehen unter dem Material, das ich im Übrigen für echt halte, Photokopien, ich glaube von richtigen, echten Urteilen, ich habe Urteile gesehen, über die ich erschrocken bin.« Daraufhin konnte der Staat nicht mehr ignorieren, welche unselige Kontinuität in der Justiz der frühen Bundesrepublik herrschte.

Die Ausstellung wurde in verschiedenen deutschen und ausländischen Städten gezeigt, wobei man Strecker immer wieder Steine in den Weg legte. Anerkennung fand Strecker erst sehr spät. Viele Jahre lang galt er als »Söldner« der DDR. Mit jetzt 89 Jahren erinnert er sich im-

mer noch mit Erbitterung an die Schwierigkeiten, der Wahrheit zum Durchbruch zu verhelfen. Am 20.09.2019 hat er uns an seinen Erinnerungen teilhaben lassen.

BJ: Sie haben Ende der 1950er Jahre die Ausstellung »Ungesühnte Nazijustiz« zustande gebracht. Ich habe mich gefragt, wie Sie darauf gekommen sind – Sie sind kein Jurist, was hat Sie motiviert?

Strecker: Als Adenauer gewählt wurde, trat er an mit dem Hinweis, er werde nichts aufarbeiten, und das schien mir eine solche Unverschämtheit. Damit waren diese NS-Verbrechen plötzlich alle »genehmigt«. Die NS-Verbrecher waren wieder in Amt und Würden.

BJ: Wie kamen gerade Sie darauf, das zum Thema zu machen? Gab es da familiäre Bezüge?

Strecker: Für mich war die Befreiung eine wirkliche Befreiung gewesen. Das können Menschen, die den NS-Terror nicht so empfunden haben, nicht verstehen – und das war damals die ganz überwiegende Bevölkerung. Ich war damals 14. Diese Altersgruppe waren die einzigen, die frei herum liefen, die anderen waren in Gefangenschaft. Ich hatte als Jugendlicher in der NS-Zeit in der Zeitung von Todesurteilen des Volksgerichtshofs gelesen, das stand immer mal wieder in der Zeitung, bis man anfang, es zu vertuschen. Zunächst war der Staat stolz auf die Urteile. Das Skandalöse daran wurde nach dem

Krieg von der Bevölkerung geleugnet. Ich habe deshalb zwei Sorten von schriftlichen Hinterlassenschaften gesucht: Begründung für die Anträge auf Todesstrafe und die Begründung für die Verhängung der Todesstrafe. Die Bevölkerung wollte gar nicht glauben, was es da gegeben hatte, es war viel bequemer, alles zu verdrängen. Als hätten sie nichts davon miterlebt.

Erst mal musste man damals in meinem Alter die Verantwortung dafür übernehmen, dass die eigene Familie nicht verhungerte oder erfror. Das habe ich zwei Jahre lang gemacht, bis es nicht mehr nötig war. Mein Vater war damals krank, meine Mutter hat versucht, ihre Familie möglichst ungefährdet durch die Zeit zu bringen. Danach habe ich Deutschland verlassen und wollte eigentlich nie mehr zurückkommen. Mir war die NS-Zeit ein wirklicher Horror gewesen, die nie vorhersehbare Willkür.

Ich komme aus einer Juristenfamilie, mein Großvater fing an als Richter am Landgericht Göttingen und wurde dann im Kaiserreich nach Leipzig berufen. Mein Vater war Richter am Kammergericht.

BJ: Hatte die Auseinandersetzung mit den Nazi-Richtern etwas mit ihrer Familie zu tun?

Strecker: Nein, das hätte vorausgesetzt, dass es ein Fehlverhalten meines Vaters gegeben hätte. Ich habe zwei Todesurteile gefunden, an denen er beteiligt war. Aber das war zu einer Zeit, wo das üblich war, und es waren schwere Straftaten. Und wenn ich kein Nazi geworden bin, obwohl in der Zeit die junge Generation umgarnt wurde, dann lag das sicher an meinen Eltern. Beide waren sich einig, dass ihre Kinder da nicht mitmachen sollten.

BJ: Und wie kam es dann dazu, dass Sie ihren Entschluss, nichts mehr mit Deutschland zu tun zu haben, nicht umgesetzt und sich stattdessen um die Aufarbeitung der Todesurteile bemüht haben?

Strecker: Ich fand es so unverschämt, dass Adenauer nichts aufarbeiten wollte, denn damit blieben die NS-Urteile unangetastet. Ich stand damit auch nicht allein. Wer sich damals gegen Adenauer stellte, war in der Regel sehr beredt und konnte gut argumentieren. Das waren viele hundert Leute, aber bei Wahlen natürlich eine krasse Minderheit. Anscheinend war ich aber der einzige, der Adenauers Vorsatz nicht hinnehmbar fand. Mit diesen NS-Verbrechern konnte man kein neues Deutschland aufbauen. Das war meine Überzeugung.

Für mich war das unvorstellbar, dass eine neue Regierung in Deutschland jede Art von Aufarbeitung der NS-Verbrechen ablehnte. Die Regierung versuchte, Leute wie mich mundtot zu machen. Das Bundespresseamt schoss sich sehr früh auf mich ein. Ich habe erst später begriffen warum.

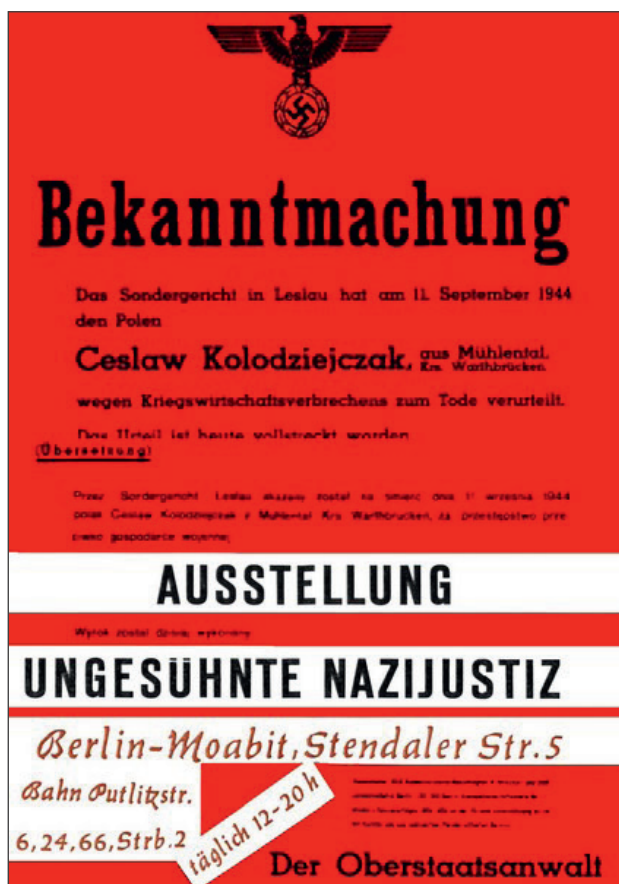
Ich hatte mit Bonn durchaus immer wieder zu tun. Adenauer negierte Polen, und mir schien das nicht richtig. Ich habe seinerzeit versucht, eine Beziehung zu Polen zu entwickeln, was gar nicht schwer war.

Thomas Harlan, der Sohn von Veith Harlan, hat Ähnliches versucht, hat sich auch um die Aufklärung von Massenverbrechen gekümmert, auch sehr nüchtern und sachlich. Wir sind uns in Polen nie begegnet, hatten aber später Kontakt. Ich habe ihn immer gegen Angriffe verteidigt, habe an der Trauerfeier für ihn teilgenommen und habe einen längeren Nachruf gehalten. Er liebte seinen Vater, aber konnte sein Verhalten nicht rechtfertigen.

BJ: Kommen wir noch einmal zu den Todesurteilen und den Kontinuitäten in der Justiz. Wie sind Sie da vorgegangen?

Strecker: Nachfolger der Reichsregierung war der Kontrollrat. Der war eine militärische Behörde, folglich gab es keine Botschaften beim Kontrollrat, sondern Militärmissionen. Und als sich die Reste Deutschlands zu pseudo-selbstständigen Staaten entwickelten, da blieben die Militärmissionen weitgehend bestehen. Ich hatte gute Kontakte zur polnischen

Militärmission wie auch zur tschechoslowakischen. Wesentlich war für mich besonders die polnische. Diese Militärmissionen haben von Berlin aus berichtet, was sie für bedeutsam hielten. Offensichtlich hat es längere Berichte über meine Arbeit gegeben. Und aufgrund dieser Berichte hat mich der Warschauer Generalstaatsanwalt eingeladen, in der polnischen Hauptkommission zur Ermittlung von NS-Verbrechen mitzuarbeiten. Ich hatte also keine Probleme mit dem Visum und Zugängen



Plakat der Ausstellung »Ungesühnte Nazijustiz« in der Stendaler Straße, Berlin Foto: Wikipedia

BJ: Wie groß war denn die Gruppe, die sich dann um die Aufarbeitung der Urteile bemüht hat?

Strecker: Das war keine feste Gruppe. Ich hatte in der Uni Mitarbeiter gesucht, die mir halfen, die Personalien der Richter, die Todesurteile unterschrieben hatten, zu überprüfen. Wir wollten ja niemanden aufgrund einer Namensverwechslung zu Unrecht beschuldigen. Bei häufigen Namen konnte das passieren.



Reinhard M. Strecker

nach Polen. Eine kurze Zeit war mir Polen versperrt, da hatte ein übles Subjekt aus der Kollaborationszeit die Macht übernommen, aber das war nur kurz. Dieser Kontakt half mir, an die Urteile zu kommen. Es gab in Deutschland eigentlich niemanden, der sich für die Todesurteile interessierte.

BJ: *In West- oder Ostdeutschland?*

Strecker: Westdeutschland. Aber auch in Ostdeutschland kam das erst später. Da hat es später eine Anfrage eines polnischen Ministerpräsidenten an die Regierung der DDR gegeben, Jahrzehnte später, was sie von meiner Arbeit in Polen hielten. Das habe ich vor nicht sehr langer Zeit erfahren. Die offizielle DDR-Antwort war, ich sei ein Objektivist. Jemand, dem es nur um die Tatsachen geht und nicht darum, wie man sie politisch nutzen könne. So war ich der DDR-Führung suspekt und nicht brauchbar.

BJ: *Man war also in der DDR skeptisch gegenüber Ihrer Arbeit?*

Strecker: Ja – die Regierung der DDR warnte die polnische Regierung, mir Freiheiten in Polen zu lassen.

BJ: *Im Westen hat man Ihnen vorgeworfen, von der DDR gesteuert zu sein.*

Strecker: Ich hatte das zunächst nicht begriffen, weil der Bonner Sprachgebrauch mir nicht so klar war. Ich hatte von »Befreiung« gesprochen, und in Bonn galt das als kommunistisches Wort. Folglich musste ich ein virulenter Kommunist sein. Ich habe sehr viele gute Freunde in Frankreich und anderen Ländern, die ich sehr schätze, weil ich weiß, was sie unter der Besatzung gemacht haben, die sich selbst für Kommunisten halten.

Deshalb ist das für mich keine negative Bezeichnung. In Bonn dagegen war das ein Totschlagsargument. Was das Bundespresseamt an Behauptungen über mich veröffentlichte – da gibt es das phantastische Wort »bekanntlich« – bekanntlich stehe ich im Solde Pankows, behauptete das Bundespresseamt. Das wurde von allen offiziellen Stellen übernommen.

Die Hetze gegen meine Person ging auch weiter, nachdem der damalige Generalbundesanwalt Güde sich mein Material angesehen hatte und öffentlich für echt erklärt hatte. So haben z. B. der Innensenator, der Justizsenator und der Bildungssenator in Berlin die ihnen zugewiesenen Referendare schriftlich darauf hingewiesen, dass sie meine Ausstellung keinesfalls besuchen dürften, bekanntlich stehe ich ja im Solde Pankows und wolle die Entwicklung und Verfestigung der Demokratie in Deutschland verhindern.

Das stellte nun die Sache wirklich auf den Kopf.

Es gab Pfingsten 1959 ein dreitägiges Treffen aller linken Jugendverbände in Frankfurt am Main. Einer der Referenten war der OLG-Präsident von Frankfurt, Staff. Ich hatte als meinen Beitrag zu diesen drei Tagen eine sehr grobe erste Ausstellung mit meinen Dokumenten gemacht. Die Mensa war gerade zwecks Renovierung leer geräumt. Dort haben wir jeweils mit zwei Garderobenständern und Bauholz, das vor der Mensa lag, Ausstellungsständer gebaut und daran meine Dokumentarfotos aufgehängt. Damals gab es noch keine preiswerten Fotokopien. Die Exponate waren also Dokumentarfotos, und die kosteten mindestens 2–3 DM pro Stück. Ich musste mich hemmungslos verschulden, um die Fotos zu bezahlen.

Meine Geldgeber waren Schweizer Publizisten, denen es unheimlich war, was sich da in Deutschland entwickelte. Das war für mich unendlich viel Geld, in die Hunderttausende. Ohne diese Kredite hätte ich keine Belege gehabt, ich musste aber Belege für den Skandal haben. Irgendwann brauchten die Kreditgeber das Geld zurück. Es war also eine endlose Belastung, aber ich habe es schließlich geschafft, die Schulden loszuwerden. Aber es hat mir zu lange gedauert, bis ich endlich Erfolg mit meiner Aktion hatte. Erst 2015 bekam ich anerkennende Worte aus dem Bundestag – und das Bundesverdienstkreuz.

BJ: *Aber bis dahin haben Sie vermutlich wenig Anerkennung bekommen – ähnlich wie Whistleblower sich ja nicht beliebt machen...*

Strecker: »Bekanntlich« wurde ich ja von Ostberlin bezahlt, während Ostberlin mit mir nichts anfangen konnte.

BJ: *Was haben Sie eigentlich beruflich gemacht?*

Strecker: Ich habe orientalische Sprachen in Paris studiert, hatte aber kein deutsches Abitur und konnte deshalb in Deutschland damit nicht weiter machen.

Das britische Unterhaus hatte mich 1959 eingeladen; eine Gruppe Juristen dort, insbesondere Barbara Castle, beobach-

tete die Entwicklung in Deutschland sehr kritisch. Die hatten mich für 14 Tage eingeladen. Ich bekam ein kleines Zimmer – eine große Ehre, denn die Abgeordneten selbst hatten keine eigenen Zimmer – und hatte einen Koffer Akten mitgebracht mit Todesurteilen. Ich habe versucht, das jeweils auf einem oder zwei Blättern zusammenzufassen. Das sollte in eine Ausstellung fließen, mit der ich Einfluss nehmen wollte, dass die unverantwortlichen Todesurteile bekannt würden. Den Generalbundesanwalt Güde kannte ich nicht persönlich, aber ich hatte zwei seiner Vorträge gelesen und hatte deshalb den Eindruck, wenn er es absolut nicht übersehen könne, werde er sich dazu äußern. Deshalb musste meine erste große Ausstellung in Karlsruhe sein. Das war ein Anschlag auf Güde im positiven Sinne.

Damals waren die Zeitungsreporter in Karlsruhe weitgehend solche, die Jura studiert hatten, damit sie mit den Karlsruher Juristen auf Augenhöhe reden konnten. Damals gab es auch noch viel mehr Zeitungen als heute. Gemeinsamer Treffpunkt war das Lokal »Krokodil«. Als ich anfang, hatte eine Gruppe aus Karlsruhe einen Saal in der Stadthalle angemietet für die Ausstellung. Die Abendveranstaltung fand auch dort noch statt, aber dann wurde uns auf Druck aus Bonn die Stadthalle gesperrt. Wir zogen deshalb ins Krokodil. Am nächsten Morgen haben wir dort eine Pressekonferenz abgehalten. Die ging über viele Stunden. Diese Bonner Institution zur Verzerrung der Wahrheit, das Bundespresseamt, war sehr hilfreich gewesen – sämtliche ausländischen in

Bonn zugelassenen Journalisten wurden nach Karlsruhe geschickt. Das war natürlich nicht positiv gemeint gewesen. Mit Ausnahme einer einzigen regionalen Zeitung gab es jedoch am nächsten Tag ausschließlich positive Berichte.

BJ: Würden Sie es rückblickend wieder tun? Wieder mit so großem persönlichem Einsatz ermitteln, um Justizverbrechen aufzudecken?

Strecker: Es hat zu lange gedauert, und ich habe mich verschulden müssen. Es war eine sehr missliche Situation, bis die offizielle Korrektur kam. Ich konnte aber nicht anders. Ich musste mich für einen korrekten Neuanfang einsetzen, dafür musste man an die Wurzeln gehen. Natürlich war ich nicht allein, aber an mir schied sich die Geister. ■

Juristenkalender 2020 UNGESCHRIEBENE GESETZE

Mit dem Kalender 2020 ist definitiv Schluss meiner Kalenderproduktion, die richtig im Jahre 1988 mit den »Organen der Rechtspflege« angefangen hat. Mit 32 Ausgaben wurde er zu einer sehr speziellen Chronik des juristischen Berufs, der die Veränderungen des Rechtslebens anders dokumentierte als Festschriften oder Fachliteratur.

Ich danke allen Uralt-Kunden bis zu den Neu-Gewonnenen. Sie haben mir ein einzigartiges Medium möglich gemacht, mit dem Recht und Gerechtigkeit anders vermittelbar ist und den Juristen zum Mitdenken anregt. Mit meinen Bildern werde ich in BJ weiterhin präsent sein und auch in bilderreichen Vorträgen, Ausstellungen oder Bildpräsentationen. Ich werde weiterhin spezielle Portraits machen und andere individuelle Aufträge erledigen. Also, so schnell werden Sie mich nicht los.

Nun also 2020 die UNGESCHRIEBENEN GESETZE, mit u. a.

Hunde, die bellen, beißen nicht,
Auch auf dem höchsten Thron sitzt man auf seinem eigenen Hintern
Lügen haben kurze Beine,
wer zuletzt lacht, lacht am besten
und viele mehr

Format Din A 2
42,00 € + Versand
Deckblatt handsigniert

Bestellungen per
philipp.heinisch@t-online.de
www.kunstundjustiz.de/kalender/juristenkalender-2020

